



SATZUNG DER GEMEINDE COBBELSDORF ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 1 "AM SPORTPLATZ"

Aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. S. 2141), in der zur Zeit gültigen Fassung, wird nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat vom und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde, folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 "Am Sportplatz" in 3. Änderung, für das Gebiet des Geltungsbereichs, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie den nebenstehenden textlichen Festsetzungen (Teil B) erlassen:

Teil A - Planzeichnung Maßstab 1:1000

Planzeichenerklärung gem. Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90)

- Teil B - Textliche Festsetzungen Ziff. 1 bis 6
- Artenliste mit Pflanzgrößen und Qualitäten Ziff. 7
 - Textliche Festsetzungen zu Örtlichen Bauvorschriften Ziff. 8, § 1-6

Verfahrensvermerke

1. Gefändert aufgrund des Beschlusses zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Sportplatz" der Gemeinde Cobbeisdorf vom 2003
- Die ortsbliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses ist durch Abdruck im Amtsblatt am erfolgt.

Cobbeisdorf, den 2004

2. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von:

Büro für Stadtplanung Dr. Ing. W. Schwerdt
Humperdinksstraße 16
06846 Dessau

Dessau, den 2003

3. Die verwendete Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Bestandteile geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

20.03.2004
Dessau, den 2003

Obv. Katasteramt

4. Der Gemeinderat hat am dem Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3.2 BauGB beschlossen.

Cobbeisdorf, den 2004

5. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), sowie der Begründung hierzu hat in der Zeit vom bis zum während der Dienstzeiten gem. § 3.2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß keine UVP durchgeführt werden soll und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am im Amtsblatt ortsüblich bekanntgemacht worden. Die von der Änderung der Planung betroffenen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom von der öffentlichen Auslegung unterrichtet und gem. § 4.1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Cobbeisdorf, den 2004

6. Der Gemeinderat hat die vorgebrachten Anregungen gem. § 3.2 BauGB der Bürger sowie die Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Cobbeisdorf, den 2004

7. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), wurde am vom Gemeinderat als Satzung (§ 10 BauGB) beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom gebilligt.

Cobbeisdorf, den 2004

8. Die Genehmigung der 3. Änderung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom mit Nebenbestimmungen und Hinweisen - gemäß § 10.2 BauGB erteilt.

Dessau, den

9. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß des Gemeinderates vom bestätigt.

Cobbeisdorf, den

10. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), wird hiermit ausgeteilt.

Cobbeisdorf, den 2004

11. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind dem im Amtsblatt vom gemäß § 10.3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften (§ 214 BauGB) und von Mängeln der Abwägung, sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44 BauGB, 246a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BauGB) hingewiesen worden.

Cobbeisdorf, den 2004

PLANZEICHENERKLÄRUNG (PlanZV 90)

ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB und § 11 BauNVO)

WA ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

STELLUNG BAULICHER ANLAGEN (HAUPTFIRSTRICHTUNG)

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB und § 11 BauNVO)

I ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

0,3 GRUNDFLÄCHENZAHL

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN
(§ 9 (1) Nr. 2 BauGB und § 22 und 23 BauNVO)

BAUGRENZE

OFFENE BAUWEISE

NUR EINZEL- UND DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG

EINRICHTUNGEN UND ANLAGEN ZUR VERSORGUNG MIT GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN BEREICHS.
FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF, FLÄCHEN FÜR SPORT- UND SPIELANLAGEN
(§ 9 (1) Nr. 5 BauGB)

FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF

SPORTLICHEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN

VERKEHRSFLÄCHEN
(§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)

VERKEHRSVERKEHRSFLÄCHEN MIT STRASSENABGRENZUNGSLINIE

VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG MIT STRASSENABGRENZUNGSLINIE

F/R FUß-/RADWEG

F/R 1 FUß-/RADWEG, s. textl. Festsetzung Ziff. 3a

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE ABFALLENTSORGUNG UND ABWASSERBESEITIGUNG SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN
(§ 9 (1) Nr. 14 BauGB)

ABWASSER, HIER PUMPSTATION

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN (AUSSERHALB ÖFFENTLICHER VERKEHRSFLÄCHEN)
(§ 9 (1) Nr. 13 BauGB)

VERROHRTER GRABEN

RW, REGENWASSERLEITUNG

AW, ABWASSERLEITUNG

GRÜNLÄCHEN
(§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)

GRÜNLÄCHEN, ÖFFENTLICH/PRIVAT

FESTWIESE

SPIELPLATZ

GRÜNLANLAGE "DORFAUE"

HAUSGÄRTEN / GRABELAND

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MAßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT
(§ 9 (1) Nr. 20, 25 BauGB)

UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
(§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)

ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN
(§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)

ZU ERHALTENDER BAUM

UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
(§ 9 (1) Nr. 25 a) BauGB)

UMGRENZUNG VON FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN
(§ 9 (1) Nr. 25 b) BauGB)

SONSTIGE PLANZEICHEN

UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN, STELLPLÄTZE, GARAGEN UND GEMEINSCHAFTSANLAGEN
(§ 9 (1) Nr. 4 BauGB)

STELLPLÄTZE

MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHE
(§ 9 (1) Nr. 21 BauGB) BEGÜNSTIGTE:

ALLGEMEINHEIT

ANLIEGERVERKEHR FLURSTÜCK 63/4 und 16/2, VERSORGUNGSTRÄGER

VERSORGUNGSTRÄGER

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER STELLUNG BAULICHER ANLAGEN

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER EIGENTUMSVERHÄLTNISSE

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANS
(§ 9 (7) BauGB)

TEIL B

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (BauGB 98, BauNVO 90)

1. Art der baulichen Nutzung

- a) Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO werden in den als Allgemeine Wohngebiete festgestellten Bebauungsplänen wie folgt eingeschränkt: Unzulässig sind sonstige nicht störende Gewerbebetriebe und Tankstellen.

- b) Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Ausnahmen können in den nicht überbaubaren Grundstücksflächen für Mauern und Pergolen zur Errichtung eines fester Sitztischen, von Hundezwergen, Kinderspielflächen, Müllboxen und Terrassen zugelassen werden. Ein Hervortreten der v.g. Nebenanlagen vor der den öffentlichen Verkehrsflächen zugeordneten Baulinie der Hauptgebäude ist unzulässig.

- c) Für die Verriegelung der Baugrundstücke sind je angefangene 50 m verriegelter Fläche ein hochstämmiger, einheimischer Laubbauart gemäß Artenliste oder alternativ zwei heimische, hochstämmige Obstbäume zu pflanzen.

2. Höhenlage und Maß der baulichen Nutzung

- a) Höhenlage der baulichen Anlagen in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) gemäß § 9 (2) BauGB: Die Oberfläche des fertigen Fußbodens im Erdgeschoß "OFF EG" darf bei ebenem Gelände nicht höher als 0,60 m über dem Bezugspunkt und nicht tiefer als der Bezugspunkt liegen (Normalhöhe). Der Bezugspunkt ist jeweils die Gradienten der bestehenden Straßen. Steigt oder fällt das Gelände vom Bezugspunkt zur Mitte der straßenseitigen Gebäudeseite, so ist die Normalhöhe um das Maß der natürlichen Steigung oder des Gefälles zu verändern. Eine von der vorstehenden Festsetzung abweichende Höhenlage kann zugelassen werden, wenn der Grundwasserstand oder die Höhenlage der Entwässerungsanlagen dies erfordern.

- b) Geländeauffüllungen und Abgrabungen zur Modellierung des Grundstücksgrundes dürfen in Bezug auf das natürliche Gelände nicht mehr als 1,00 m Höhe betragen. Ausnahmsweise sind in schwierigen Gelände begünstigte Schwergewichte oder Trockenmauern zulässig.

3. Verkehrsflächen

- a) Auf der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung Fuß- und Radweg, sind auch Zu- und Abfahrtsverkehre des Versorgungsträgers der Pumpstation zulässig.

4. Grünflächen

- a) Auf der öffentlichen Grünfläche "Festwiese" ist die Anlage einer 4,75 m breiten Wegeverbindung zur verkehrlichen Andienung der Fläche für den Gemeinbedarf zulässig.
- b) Auf den öffentlichen und privaten Grünflächen "Grünanlage Dorfau" ist die Anlage eines Fußwegenetzes sowie einer Wasserfläche, in Form eines geöffneten, z. Tl. verrohrten Grabens, zulässig; darüberhinaus ist die Anlage eines Feuerlöschteiches bzw. einer Wasserzisterne zulässig.

Hinweis: Die Durchführung eines wasserrechtl. Genehmigungsverfahrens bleibt von der Festsetzung 4b) unberührt.

5. Stellplätze und Garagen

- a) Im Bereich von Pkw-Stellplätzen und Grundstückszufahrten sind mindestens 75% der jeweiligen Oberfläche wasserundurchlässig durch die Verwendung von Rasengittersteinen, breitflügig verlegtem Pflaster oder Schottersteinen zu gestalten.

- b) Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Garagen gemäß § 12 (6) BauNVO nur auf den seitlichen und rückwärtigen Grundstücksflächen zulässig. Ein Hervortreten der Garagen vor die den öffentlichen Verkehrsflächen zugewandten Baulinien der Hauptgebäude ist unzulässig.

6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- a) Die Fläche "Grünanlage Dorfau" ist zur naturnahen Wiese zu entwickeln und durch einschürige Mahd extensiv zu pflegen. Die Mahd soll nicht vor dem 30.06. erfolgen.

- b) Innerhalb der Fläche "Grünanlage Dorfau" sind gruppenweise Gehölzpflanzungen vorzunehmen, dabei sind verpflanzte Heister und Sträucher standortgerechter heimischer Arten gemäß Artenliste zu verwenden. Pro Gruppe sind mindestens 20 Exemplare vorzusehen, insgesamt sind 25 % der Fläche - ausgenommen der privaten Grünfläche - zu bepflanzen.
- c) Baumpflanzungen zur Ergänzung vorhandener Bestände sind mit Hochstämmen gemäß Artenliste, im Bereich des derzeit verrohrten Grabens vorzugsweise mit Weide und Schwarz-Ele durchzuführen.

- d) Im Anschluss an die 3-jährige Entwicklungsphase ist die Pflege auf das zur Verkehrssicherung nötige Maß zu beschränken, aufkommende Krautsaure und Staudenfluren sind extensiv zu pflegen.

6.2 Für die Fläche zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und für die zu pflanzenden und zu erhaltenden Bäume gilt gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB:

- a) Die zu erhaltenden und zu pflanzenden Gehölze sind art- und funktionsgerecht zu erhalten und im Fall ihres Abgangs durch gleichartige gemäß Artenliste zu ersetzen. Zur Erschließung der Baugrundstücke des Allgemeinen Wohngebietes von der Lindenstraße aus ist ausnahmsweise das ersatzlose Entnehmen von Einzelgehölzen zur Herstellung der Grundstücksanneilung zulässig.
- b) Die als private Fläche festgesetzte "Grünanlage Dorfau" ist durch extensive Pflege als Wiese dauerhaft zu erhalten. Gehölzpflanzungen können mit standortgerechten, heimischen Arten gemäß Artenliste vorgenommen werden.
- c) Die Fassadenseiten von Garagen und Carports, die auf öffentliche Straßen-, Wege- oder Grünflächen gerichtet sind, sind zu mindestens 1/3 ihrer Fassadenfläche mit standortgerechten Rank- und Kletterpflanzen zu begrünen (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB).

6.3 Innerhalb der Flächen mit der Festsetzung "Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gilt gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB:

- a) Auf der Fläche ist eine mehrzellige Heckenpflanzung mit standortgerechten Arten gemäß Artenliste vorzunehmen. Die Gehölze sind artenweise in Gruppen von mind. 3 Stück pro Art zu setzen, insgesamt sind mind. 5 Arten zu pflanzen, es ist eine 3-jährige Entwicklungsphase vorzusehen.
- b) Die zu erhaltenden und zu pflanzenden Gehölze sind art- und funktionsgerecht zu erhalten und im Fall ihres Abgangs durch gleichartige gemäß Artenliste zu ersetzen. Nötige Schnittmaßnahmen sind außerhalb der Vegetationsperiode durchzuführen.

6.4 Innerhalb der Straßenverkehrsfläche gilt gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB:

- a) Im Zuge des Ausbaus der Erschließungsstraßen ist im Straßenraum je 20 lfm ein hochstämmiger Laubbauart gemäß Artenliste zu pflanzen.
- b) Die Straßenbäume sind art- und funktionsgerecht zu erhalten und im Falle ihres Abgangs durch Neupflanzung gemäß Artenliste zu ersetzen.

Hinweise: a) Die unbebauten Grundstücksflächen der Allgemeinen Wohngebiete sind gärtnerisch zu gestalten.

- b) Bei der Durchführung von Baumaßnahmen sind Bäume, Pflanzbestände und Vegetationsflächen gemäß DIN 18920 vor Schadstoffeinträgen zu schützen. Des Weiteren gelten die Vorgaben der RAS-LG 4 zum Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen.

7. Artenlisten mit Pflanzgrößen und Qualitäten

a) Rank- und Kletterpflanzen (Fassadenbegrünung):

Clematis montana
Clematis vitalba
Hedera helix
Lonicera caprifolium
Parthenocissus quinquefolia

b) Großkronige Bäume (Baumgruppen, Solitäre):

Acer platanoides
Alnus glutinosa
Betula pendula
Quercus robur
Salix alba
Tilia cordata

c) Kleinkronige Bäume:

Crataegus laevigata "Pauli's Scarlett"
Malus coronaria, Malus flabundula
Malus spec., Prunus spec., Pyrus spec.
Prunus cerasifera "Nigra"
Sorbus aucuparia

d) Sträucher/Heister (Hecken, Gehölzgruppen):

Acer campestre
Alnus glutinosa
Betula pendula
Cornus betulus
Cornus mas
Cornus sanguinea
Corylus avellana
Crataegus monogyna
Fraxinus alba
Ligustrum vulgare
Prunus padus
Prunus spinosa
Quercus robur
Ribes rubrum
Rosa canina
Salix alba
Salix caprea
Symphoricarpos alba
Viburnum opulus

Feld-Ahorn
Schwarz-Ele
Hänge-Birke
Hainbuche
Knorrenkirsche
Roter Hartriegel
Hoselnuß
Eingriffeliger Weißdorn
Faulbaum
Liguster
Vogelkirsche
Schlehe
Stiel-Eiche
Rote Johannisbeere
Hunds-Rose
Silber-Weide
Sal-Weide
Schneebere
Gemeiner Schneeball

Die mit [x] gekennzeichneten Arten sind nicht im Spielplatzbereich zu pflanzen

8. Örtliche Bauvorschriften

Aufgrund des § 90 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in der derzeit geltenden Fassung.

§ 1 - GELTUNGSBEREICH

(1) Räumlicher Geltungsbereich
Die ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT gilt für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Sportplatz". Die Begrenzung ist auf der Planzeichnung dargestellt.

(2) Sachlicher Geltungsbereich
Diese ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT regelt die Gestaltung der Dächer, Fassaden und Einfriedungen zu öffentlichen Straßenräumen.

§ 2 - ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG DER DACHFORMEN

- (1) Für die Hauptgebäude sowie Nebengebäude und Garagen mit Grundflächen größer 15 m² sind nur Sattel-, Wal- und Krüppelwalddächer ab einer Mindestdachneigung von 18° zulässig.

§ 3 - ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG DER DACHDECKUNG

- (1) Für die Deckung der Dächer nach § 2 (1) sind Dachdeckungen aus Ton oder Beton zulässig.
- (2) Die Dachdeckungen nach § 3 (1) sind in den Farbbrechen ROT über BRAUN bis ANTHRAZIT der RAL-Farbkarte 840 R07 sowie deren Mischungen in den genannten Farbbrechen zulässig.

§ 4 - FASSADEN

- (1) Fassaden sind in Holz, Putz und Ziegel bzw. ziegelähnlichen Steinformaten auszuführen.
- (2) Fassadenverkleidungen aus Kunststoff und Metall sind unzulässig.

§ 5 - ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG, ART UND HÖHE VON EINFRIEDUNGEN

- (1) Als Einfriedungen sind Hecken (gem. Artenliste), begrünte Drahtzäune und senkrechte Holzlatenzäune, auch mit massiven Pfeilern bis zur Höhe von 1,20 m über natürlichem Gelände, zulässig.
- (2) Der Abstand der Einfriedungen zu öffentlichen Verkehrsflächen muß einheitlich 0,5m betragen.

§ 6 - ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer als Bauherr/in, Entwurfsverfasser/in oder Unternehmer/in vorsätzlich eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen läßt, die nicht den §§ 2 - 5 dieser Örtlichen Bauvorschrift über Gestaltung entspricht. Die Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 85 (3) BauO LSA mit einer Geldbuße geahndet werden.

9. Pflanzgrößen und Qualitäten.

Bei der Pflanzung von Obstgehölzen und Kleinkronigen Arten sind mind. 3x verpflanzte Hochstämmen (balliert) mit Stammumfang von 14 - 16 cm (gemessen in 1 m Höhe) zu verwenden. Bei großkronigen Arten sind mind. 3x verpflanzte Hochstämmen mit Stammumfang 18 - 20 cm (gemessen in 1 m Höhe) vorzusehen. Bei der Pflanzung von Sträuchern sind 2x verpflanzte Gehölze mit mindestens 4 Trieben (vorzugsweise balliert), bzw. entsprechende Heckenpflanzen in Größen ab 60 - 80 cm (ausgenommen niedrigwüchsige Arten) zu verwenden.

10. Übersichtplan: informelle Kartengrundlage aus Dorferweiterungsplanung Cobbeisdorf (unmaßstäblich)

VG COSWIG
GEMEINDE COBBELSDORF

BEBAUUNGSPLAN Nr. 1 "AM SPORTPLATZ"

3. ÄNDERUNG - PLANFASSUNG ZUR GENEHMIGUNG

M 1:1000

02.12.2003

Büro für Stadtplanung Dr. Ing. W. Schwerdt, Humperdinksstraße 16, 06844 Dessau

Tel. 0340/613707 Fax: 0340/617421 E-mail: bfs-dessau@dr-schwerdt.de